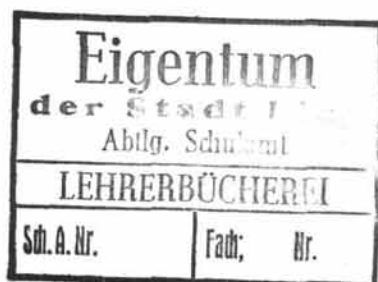
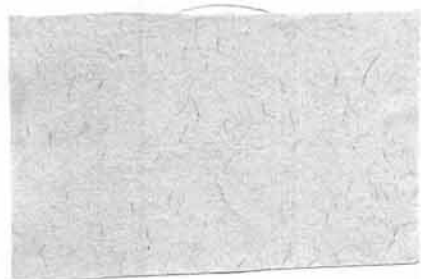


# Jahrbuch der Stadt Linz 1936



Linz 1937

---

Herausgegeben von der Stadtgemeinde Linz

# Inhalt.

	Seite
Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz	5
August Zöhrer:	
Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum . . . .	55
Berhard Salomon:	
Familiengeschichte und die Linzer Matrikeln . . . . .	73
Eduard Straßmayr:	
Alt-Linzer Höfe . . . . .	82
Alfred Hoffmann:	
Linzer Bürgerreichtum im 17. Jahrhundert . . . . .	99
Wolfram Buchner:	
Kaspar Modler, Glied einer großen bayrischen Stukkatoren- familie und Stukkator in Linz . . . . .	117
Franz Berger:	
Enrica von Handel-Mazzetti und Linz . . . . .	128
Edmund Guggenberger:	
Dr. Alexander Brenner † . . . . .	147
Hans Oberleifner:	
Alt-Linzer Gelegenheits- und Gebrauchsgraphik . . . .	150
Josef Games:	
Der Linzer Verkehr im Wandel der Zeiten . . . . .	167
Ernst Neweklowsky:	
Linz und die Donauschiffahrt . . . . .	178

## Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz.

Wiederum will das Jahrbuch der Stadt Linz eine Rückschau über die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der Landeshauptstadt geben und dabei auch der politischen und sozialen Entwicklung gedenken. Was in der kurzen Zeitspanne eines Jahres an Neuem geschaffen wurde, soll den Mitlebenden in Erinnerung gebracht werden. Spätere Geschlechter können aus der zusammenfassenden Darstellung ein Bild des Werdens unserer Stadt gewinnen. Den Blick in die Vergangenheit zurück lenken die geschichtlichen Beiträge des Jahrbuches, welche die Erforschung der Stadtgeschichte fördern wollen.

Ein neuer Bahnhof ist entstanden; es handelt sich wohl nicht um einen vollständigen Neubau, sondern um einen ganz großzügigen Um- und Zubau, welcher zwar lange auf sich warten ließ, dafür aber um so besser und schöner gelungen ist. Das ganze Gebäude erstreckt sich durch die Verbreiterung der alten Verbindungsstraße in einer einheitlichen, mächtigen Front. Im mittleren Teil erhebt sich eine mächtige Halle, mit der neben einem großangelegten Zweckraum, der auch einem starken Verkehr gewachsen ist, ein wirklich schöner Raum geschaffen wurde. Farbiger Marmor gibt ihm eine gewisse Feierlichkeit und gleichzeitig Wärme. Nebenbei sei erwähnt, daß es galt, österreichischen Marmor zu verwerten.

Ist der Bahnhofumbau ein dankenswertes Werk der Bundesbahn, so hat die Stadtgemeinde bei der Innenausgestaltung der Halle mitgewirkt, die Herstellung der Kassettendecke auf sich genommen und sie wird auch zusammen mit dem Lande Oberösterreich für die Ausschmückung der Halle mit mächtigen Fresken, die im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden, aufkommen. Die Reden, welche bei der feierlichen Einweihung des neuen Bahnhofgebäudes am 25. Oktober dieses Jahres gehalten wurden, geben der Stadt die sichere Hoffnung, daß der nun so großzügig begonnene Umbau der gesamten Bahnhofsanlage ohne Unterbrechung fortgeführt wird.

Unterdessen hat auch bereits die Stadt mit der Ausgestaltung des Bahnhofsvorplatzes begonnen, der von Abteilungen des Öster-

reichischen Arbeitsdienstes geplant und in seinen vorläufigen Umrissen hergestellt wurde, so daß die Kanalisierung schon durchgeführt werden konnte. Nun harren die Straßen des Ausbaues, auch wird die gärtnerische Ausgestaltung erfolgen, alles Vorarbeiten für die künftige großzügige Gesamtanlage, für die bereits die Pläne fertiggestellt sind.

Der zweite große Abschnitt des Bahnhofumbaus ist die Reichsstraßenunterführung, die im Jahre 1936 endlich in Angriff genommen wurde. Die Bahndirektion hatte in ihrem ersten Projekt vom Jahre 1910 eine Überbrückung vorgesehen, was aber an dem Widerstand der damaligen Gemeindeverwaltung gescheitert ist; das folgende Jahr hat bereits den Plan einer Unterführung der Reichsstraße gebracht, die Kriegsjahre jedoch und die wirtschaftliche Lage der Nachkriegsjahre haben die Sache nicht zur Ausführung gelangen lassen.

Mit der alten „überseß“ der Wiener Reichsstraße verschwindet nun ein Stück alter Gemütlichkeit. Wer von den Linzern wäre nicht schon vor den geschlossenen Bahnschranken gestanden, die im Lauf eines Tages rund 150mal auf- und abgegangen sind, was bei bloß  $3\frac{1}{2}$  Minuten Sperre  $7\frac{1}{2}$  Stunden Stilllegung des Verkehrs in einem Tag bedeutete. Den Anforderungen des modernen Verkehrs mit seinem infolge der Ausdehnung der Stadt in süd- und südöstlicher Richtung hier besonders stark angewachsenen Radfahr- und Autoverkehr auf der Wiener und Salzburger Reichsstraße hatte die alte überseß nicht mehr entsprechen können. Wenn man bedenkt, daß die Reichsstraßenunterführung ein Bauunternehmen größten Stils darstellt, das vielen Menschen Arbeit und Brot bringt und Industrie und Gewerbe in starkem Maß beschäftigt, ist die Durchführung des Werkes um so erfreulicher.

Die Absenkung der Straße von der Blumauerstraße und Anastasius Grün-Straße her in einem Gefälle von 3·4 Prozent hat die Aushebung gewaltiger Erdmassen (25.000 Kubikmeter) erfordert. Die Durchfahrt selbst hat eine Länge von 40 Meter und eine Breite von 21 Meter, von denen 15 Meter auf die Fahrbahn entfallen, je 3 Meter auf die beiderseitigen höher gelegenen Gehsteige. Um eine lichte Höhe von 4·5 Meter für die Durchfahrt zu erreichen, ist neben der Absenkung der Straße auch noch eine Hebung der Geleise um 1·3 Meter vorgenommen worden, die zwischen Friedhofviadukt und Bahnhof in einer Steigung von  $2\frac{2}{100}$  durchgeführt wurde.

Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten ist auch der mächtige Wall zwischen Humboldtstraße und Reichsstraße abgetragen worden, so daß sich nunmehr ein freier Blick auf die Stadt ergibt. Durch die Unter-

führung der Reichsstraße war auch die Verlegung des Hauptrohres der Wasserleitung erforderlich, die von der Stadt durchgeführt wurde.

Um den Eisenbahnverkehr während der Arbeiten im vollen Umfang aufrecht erhalten zu können, ist die Überbrückung der Unterfahrt in zwei Bauabschnitten durchgeführt worden, wobei zuerst der stadtsseitige Teil in Angriff genommen wurde. Nach Eindecken dieses Teiles mit der mächtigen Betondecke auf dem eisernen Tragwerke ist nach Vornahme der Belastungsprobe der Eisenbahnverkehr bereits in diesem Jahr auf die Brücke verlegt worden.

Die neue Gleisanlage der Unterführung verlangt neue Sicherungsanlagen, die im ostseitigen Turm, der in diesem Jahre noch fertiggestellt wurde, ihre verschiedenen Apparate finden werden. Das im Bau begriffene neue Stellwerk wird das modernste und bestausgeführte von ganz Österreich sein. Vom obersten Stockwerk des dreistöckigen Turmes werden sämtliche Weichen der Ostseite des Personenbahnhofes gestellt; die Stellung erfolgt elektrisch, indem vom Stellwerk aus der bei jeder Weiche befindliche Elektromotor betätigt wird.

Während der Durchführung der Arbeiten der Unterführung ist der Fußgängerverkehr in einem Rotübergang mit Handschranken aufrecht erhalten worden. Mit großem Interesse sind von der hier täglich stadtaus und -einwärts strömenden Bevölkerung die Arbeiten verfolgt worden, wie auch von den Linzern das Fortschreiten der Arbeiten fleißig „inspiziert“ wurde.

Der Fuhrwerk- und Radfahrverkehr mußte abgelenkt werden, zu welchem Zwecke die Lenustraße als Fortsetzung der Humboldtstraße bis zum Landwehrplatz ausgebaut wurde. Mit dem Ausbau dieses Straßenzuges ist für später die Möglichkeit gegeben, den Schwerfuhrwerksverkehr auf die Entlastungsstraße zu verlegen, die in einer Linie über Humboldtstraße, Dollfußstraße, Pfarrplatz parallel zur Hauptverkehrsader der Stadt verläuft; nur mehr das Raindlhaus am Graben bildet zur Zeit noch eine Verkehrsschwierigkeit. Bei der Regulierung dieses Straßenzuges ist auch das dem Ursulinenkonvent gehörige „Stöckl“, Ecke Dollfußstraße-Harrachstraße, entfernt worden. Den Ursulinen kam die Kaufsumme für den schon seit längerem notwendig gewordenen Ausbau ihres Schulgebäudes zugute. Für die Abtragung des Stöckls erhielt das Priesterseminar das alte Baumaterial, mit welchem es einen Zubau zu seinem Gebäudekomplex ausführte.

Im Hinblick auf einen künftigen Brückenneubau ist das Haus Hauptstraße Nr. 1 am Urfahrer Brückenkopf von der Stadtge-

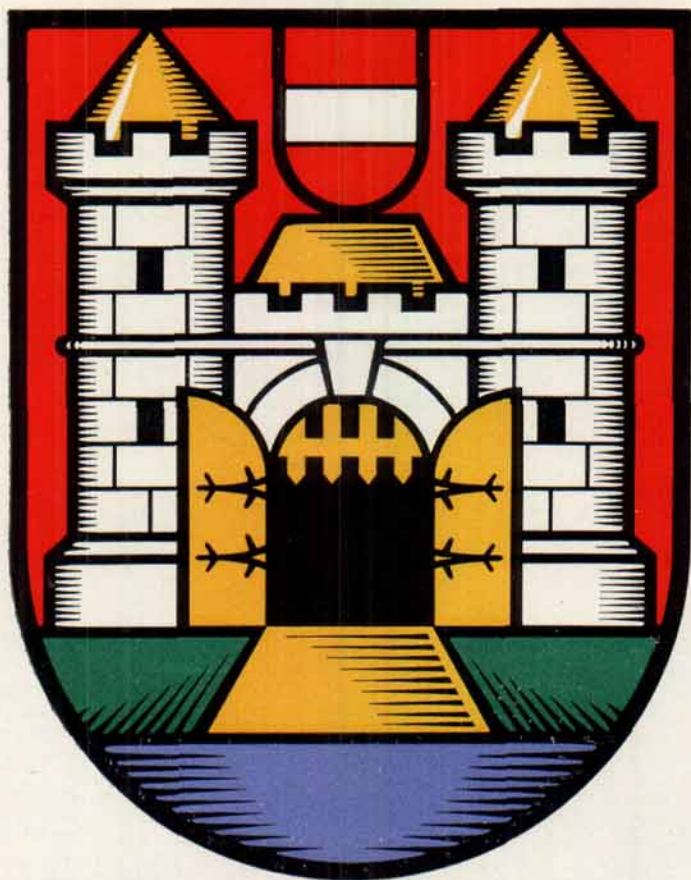
meinde zu einem günstigen Preis angekauft worden. Die alte Brücke, die alle zehn Jahre auf ihre Tragfähigkeit geprüft wird, wurde heuer besonders gründlich untersucht, wobei 39 Stäbe aus den verschiedensten Teilen der Brücke herausgenommen wurden, welche die Technische Hochschule in Wien einer eingehenden Prüfung auf Zug, Druck und Biegung unterzog. Das Ergebnis war, daß die Brücke noch keineswegs als baufällig zu bezeichnen ist. Diesbezügliche Gerüchte und Vorherfagungen entbehren also jeder Grundlage. Trotzdem werden die Bemühungen, die Brücke in absehbarer Zeit durch eine neue zu ersetzen, nicht erlahmen dürfen. Der Neubau würde im Interesse der Schifffahrt gelegen sein, für welche die alte Brücke mit den vier breiten Jochen eine Gefahr bedeutet, wie auch im Interesse des Verkehrs, der sich über die Donau nur mehr mit größten Schwierigkeiten abwickeln kann.

Das Städtische Verkehrsbüro ist in diesem Jahr im Interesse einer einheitlichen Organisation der Fremdenwerbung mit dem Landesverkehrsamt zusammengelegt worden; letzteres hat nunmehr im alten Mautgebäude am Linzer Brückenkopf, das für diesen Zweck entsprechend umgestaltet wurde, ein Stadtbüro an einem der wichtigsten Verkehrspunkte erhalten.

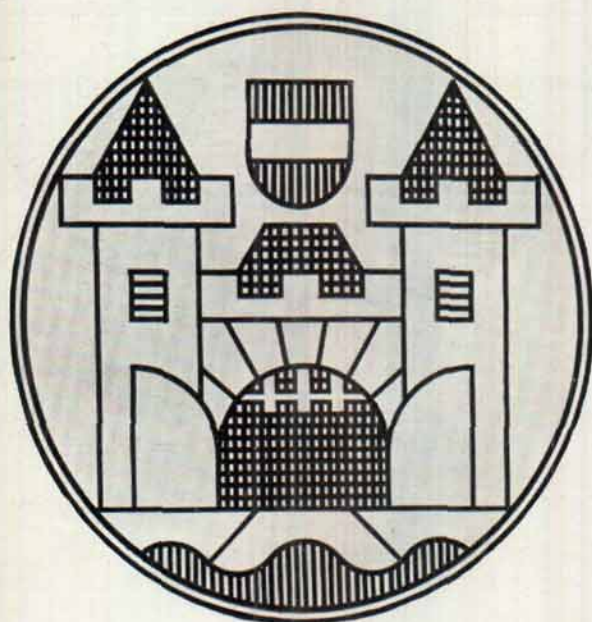
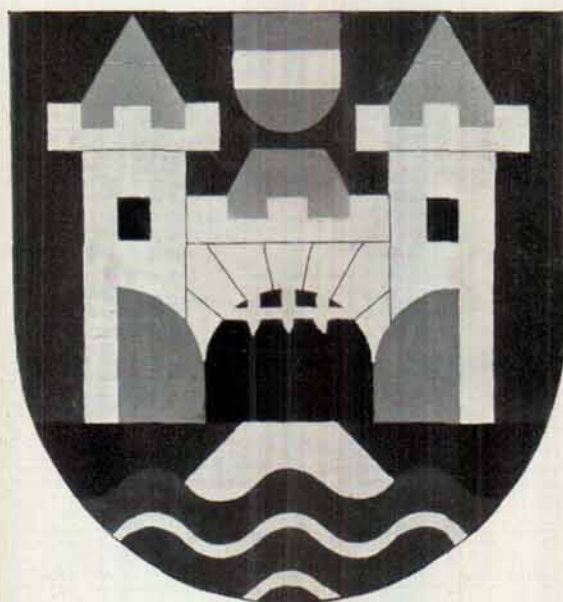
Im Vorjahre hat die Stadtgemeinde in Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen das Hotel „Europe“ erworben und dieses Gebäude für die Unterbringung der Bundespolizeidirektion zur Verfügung gestellt. Anfangs des Jahres 1936 ist die feierliche Übergabe an den Bund und die Einweihung des Hauses erfolgt; im Oktober wurden auch die Kinolokalitäten geräumt und das Kino in den Neubau am Schillerplatz verlegt. Damit sind die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des Polizeigebäudes geschaffen und der Neubau für die Unterbringung des Meldungsamtes, des Gefangenhauses und der Garagen konnte bereits begonnen werden.

Am Rand der geschlossenen Stadt, in der Lustenau ist durch acht Jahre ein großes Fabriksgebäude, die ehemalige *Kraußfabrik*, brachgelegen, bis die Stadtgemeinde heuer dieses Fabriksgelände käuflich erworben hat. Diese Erwerbung, die mit der Absicht geschah, die verödeten Anlagen einer zweckentsprechenden Verwendung zuzuführen und in ein abgestorbenes Stadtgebiet wieder Leben zu bringen, ergab schon jetzt eine zweckmäßige Lösung. Durch die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht ist die Schaffung von Kasernen dringlich geworden. Die Heeresverwaltung ist nun an die Stadtgemeinde mit dem Ersuchen



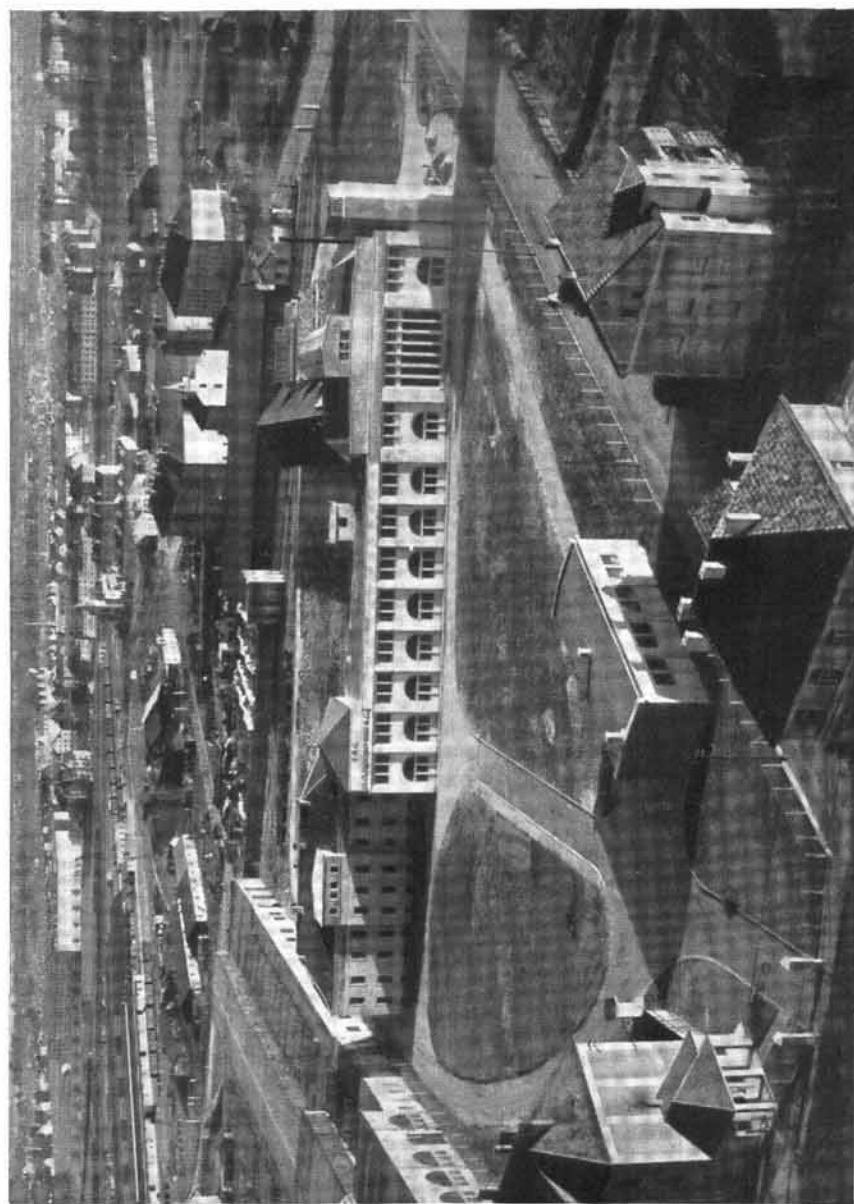


Amtliches Stadtwappen  
Preisgekrönter Entwurf von Franz Lehrer



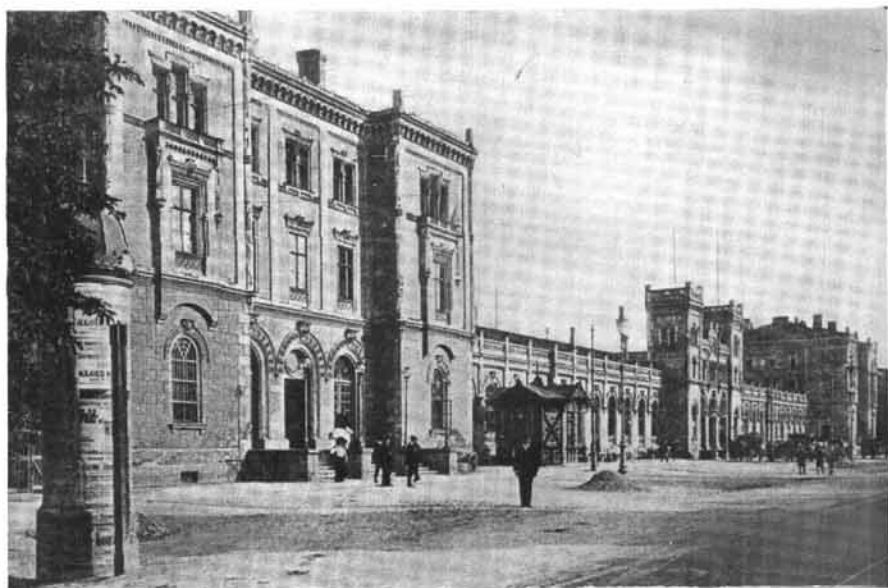
**Stadtwappen und Siegelstempel**  
Preisgekrönter Entwurf von Ing. Paul Theer





Kraußfabrik nach dem Umbau

Franz Pechak



**Personenbahnhof**  
um 1900 und nach dem Umbau 1936

Alois Schwarz

herangetreten, ihr die Trankfaserne, in welcher der Städtische Wirtschaftshof untergebracht war, zu überlassen. Der Wirtschaftshof mußte daher verlegt werden. Da die Kraußfabrik ihrer Lage nach zu dessen Unterbringung nicht brauchbar war, fand sich durch Tausch mit der Elektrobau-Gesellschaft eine günstige Lösung. Der Wirtschaftshof übersiedelte in die Räumlichkeiten der E. B. G. am kleinen Exerzierfeld, die einen Teil der eigens umgebauten ehemaligen Kraußfabrik bezog. Im Zuge der Adaptierungsarbeiten konnten die Linzer das seltene Schauspiel mit ansehen, wie binnen wenigen Sekunden ein gewaltiger Fabrikschlot umgelegt wurde.

Neben den größeren Einzelbauten, die das Jahr gebracht hat, verdient das im Siedlungswesen geleistete besondere Aufmerksamkeit. Ein ganzer Kranz von Siedlungen umgibt die Stadt. Im Norden, wo das Hügelland des Mühlviertels bis nahe an die Stadt herankommt, ist die Ausdehnungsmöglichkeit beschränkt, aber keineswegs noch erschöpft; im Süden und Osten ermöglicht die große Ebene des Donaubeckens eine weitausgedehnte Siedlungsstadt, in der mancher erbeingesehene Linzer seine Entdeckungsreisen machen könnte. Eine Skizze zeigt, was hier im Laufe weniger Jahre geschaffen worden und was besonders in diesem Jahr zugewachsen ist.

Aus der richtigen Erkenntnis heraus, welche hervorragende soziale Bedeutung dem Siedlungswesen zukommt, fanden die Siedlungsbauten weitestgehende Förderung von öffentlicher Seite. Ganz anders kann sich eine Familie im Eigenheim, sei es auch nur im kleinsten Siedlungshaus, das sie höchstens mit einer zweiten Familie teilen muß, entfalten. Von großer Bedeutung ist auch der Garten, welcher die Menschen wieder erd- und naturverbunden macht, ein gesünderes Geschlecht mit-schaffen hilft. Was mit den Siedlungsbauten vom bevölkerungs-politischen und volksgefundheitlichen Standpunkt aus geleistet worden ist, kann erst in einem späteren Zeitpunkt vollauf erkannt werden; aber schon jetzt zeigt es sich, daß wahrscheinlich von hier aus die Stadt ihren Nachwuchs erhalten wird. Während in der engeren Stadt im heurigen Jahr vier Volksschul- und vier Hauptschulparallelklassen nicht mehr eröffnet wurden, ist hier am Stadtrand Bedarf an neuen Schulen und heuer bereits eine Parallelklasse an der Hauptschule in Kleinmünchen neu eröffnet worden.

Wie ist es zu dieser ausgedehnten Siedlungsstadt gekommen? Weitgehender Bundeskredit und die Mithilfe der Genossenschaften (um einige der größeren zu nennen: allgemeine gemeinnützige Bau- und

Wohnungsgenossenschaft „Familie“, gemeinnützige Kleinsiedlungsgenossenschaft, Siedlungsgenossenschaft des o.ö. Landesverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften) haben es auch dem kleinen Mann ermöglicht, für sich und seine Familie ein Siedlungshaus zu bauen. Nach dem Siedlungsgesetz ist der Randsiedlungstyp I für Siedler kleinsten Einkommens, ja selbst für Arbeitslose gedacht, denen ein Grund im vorgeschriebenen Mindestausmaß von 1000 Quadratmeter den nötigen Nebenerwerb verschaffen soll. In diesem Typ sind die Steyregger Siedlung an der Welser Reichsstraße, große Teile der Ing. Demant-Siedlung Neue Welt, Teile der Dr. Jungwirth-Siedlung und der Siedlung der christlichen Gewerkschaften in St. Peter sowie ein großer Teil in der Gemeindefiedlung Schörgenhub neu hinzugekommen.

Die Siedlung Schörgenhub in Kleinmünchen ist eine ausgesprochene Fürsorgesiedlung, die auch vom städtischen Fürsorgeamt verwaltet wird. Hier hat der Siedler nicht das geringste Anfangskapital mitzubringen, nur seine Arbeitskraft, guten Willen und die Eignung zum Siedler. Die Stadtgemeinde hat es unternommen, Kurz- und Saisonarbeitern, vor allem auch Arbeitslosen, für welche sie als Siedlungswerberin auftritt und die erforderlichen Mittel beisteuert, eine gesunde Wohnung und darüber hinaus noch Grund und Boden für Gemüsebau und Kleintierzucht bereitzustellen. Außerdem will sie ihnen durch Vermittlung von Arbeit an die Hand gehen, um ihnen mit der Zeit in Verbindung mit der Nebenerwerbsfiedlung wenigstens eine bescheidene Existenz zu sichern.

Bisher hat die Stadtgemeinde 190.000 Quadratmeter Grund für diese Siedlung bereitgestellt, über 1000 Quadratmeter pro Siedler, und in fünf Bauetappen seit 1934 insgesamt 180 Siedlungshäuser geschaffen, in denen 845 Personen Unterkunft gefunden haben. Die Siedlung ist unter Heranziehung von Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds finanziert. Die Arbeiten sind an private Bauunternehmungen vergeben und unter weitgehender Heranziehung des Arbeitsdienstes und der Mitarbeit der Siedler selbst ausgeführt worden. Wenn der Siedler arbeitslos war, hat er auch während dieser Zeit der Bauarbeiten die Arbeitslosenunterstützung bezogen, außerdem noch gemeinsam mit dem Arbeitsdienst die Verpflegung an der Baustelle erhalten.

Da sich der Siedler seinen Nachbar unter den vom Fürsorgeamt Vorgemerkten selbst aussuchen kann, ist eine gewisse Gewähr gegeben, daß sie im Doppelhaus gut zusammen haufen; dies um so eher, als sie ja Wohnung und Garten gänzlich getrennt haben, jeder sogar seine

eigene Waschküche hat. Es ist schwere Arbeit, die vom Siedler während der Bauzeit gefordert wird und die dann bei der Bebauung des Gartens nicht viel geringer wird. Dennoch sind die Anmeldungen beim Fürsorgeamt weit größer, als sie zur Zeit angenommen werden können, weil die Zuweisung von Siedlerstellen sowohl von der Beistellung von Grund wie von der Zuteilung der Bundeskredite abhängig ist. Soweit das Siedlungswerk aber bisher ausgeführt wurde, erweist es sich als ein hervorragend soziales Werk, das fortzusetzen die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen wird.

Ein Vergleich mit der Siedlungstätigkeit anderer Städte — es liegt uns das Statistische Jahrbuch der deutschen Gemeinden vor, das einen wertvollen Überblick über die Siedlungstätigkeit der 102 größten reichsdeutschen Städte gibt — führt zu dem zahlenmäßig erhärteten Ergebnis, daß Linz in seiner Siedlungstätigkeit bedeutend über dem Durchschnitt der in Betracht kommenden deutschen Vergleichsstädte steht. Gegenüber einem Durchschnitt von 97 Siedlungsbauten der 26 reichsdeutschen Städte von 100.000 bis 200.000 Einwohnern weist Linz eine Zahl von 115 Siedlungshäusern auf. Vergleicht man die Stadt Linz mit den deutschen Städten von 50.000 bis 100.000 Einwohnern, die einen Durchschnitt ihrer Siedlungsbauten von 45 haben, so schneidet Linz noch besser ab. Dabei ist zu beachten, daß der in Betracht gezogene Zeitabschnitt (das Statistische Jahrbuch bringt die Aufarbeitung der Zahlen von 1934/35) bei uns erst den Beginn einer stärker anwachsenden Siedlungstätigkeit bedeutet, daß das darauffolgende Baujahr in Linz bereits 196 Siedlungsbauten zu verzeichnen hat und das Kalenderjahr 1936 eine Bauziffer von 217 aufweist. Hierbei sind nur die Siedlungsbauten der Genossenschaften und der Gemeinde erfaßt, nicht auch private Bauten.

Um weitere billige Volkswohnungen zu schaffen, wurde nach gründlicher Vorbereitung eine Mietzinsregulierung auf gerechter Basis in den 150 Neubauten der Gemeinde durchgeführt, die auf Grund fachmännischer Erhebungen erfolgt ist und teils eine Erhöhung, teils aber auch eine Ermäßigung der Mietzinse in den Gemeindebauten gebracht hat. Die heutige Gemeindeverwaltung fand den Zustand vor, daß die Zinse durchaus nicht der Wertigkeit der Wohnungen entsprechend berechnet waren, sondern die der Ausführung und Lage nach geringwertigen Bauten oft einen relativ höheren Zins aufwiesen, als die hochwertigen Bauten, in denen die zahlungsfräftigeren Mieter wohnten. Hier war der Zins unter der ange-

messenen Höhe festgesetzt, so daß ungerechtfertigterweise öffentliche Gelder daraufgezahlt wurden.

Die durch die Mietzinsregelung erzielten Mehreinnahmen wurden teilweise als Mietzinsbeihilfen an Bedürftige und teilweise zur Schaffung neuer billiger Volkswohnungen verwendet. So hat die Stadtgemeinde in der Fröbelsstraße nach den Plänen des Stadtbauamtes 9 Häuser mit je 8 Wohnungen aufgeführt, die mit Ende des Jahres bezogen wurden. Der Kostenaufwand für diese 72 Wohnungen (24 dreiräumige, 48 zweiräumige und 4 Kabinette) betrug an Bau- summe S 320.000.—, zu denen noch Anschließungskosten von S 35.000.— kamen. Im Interesse der heimischen Holzwirtschaft wurde hier der Versuch unternommen, die Häuser als Holzskelettbauten herzustellen. Bei serienweiser Bauführung kann hier, weitgehend normalisiert und typisiert, die Unterlage unabhängig von den Witterungsverhältnissen hergestellt werden, was ein besonders schnelles Bauen ermöglicht. Bei Verwendung der nötigen Dämmungsmittel gegen Hitze und Kälte sowie Imprägnierung gegen Ungeziefer sind es hygienisch durchaus einwandfreie Wohnungen, die mit einem monatlichen Zins von S 20.— bis S 25.— als billige Volkswohnungen zu bezeichnen sind.

Auch sonst hat die Stadt alle Möglichkeiten ausgenützt, um billige Wohnungen zu schaffen. Da die Polizeikaserne im Hause Steingasse 8 mit der Übersiedlung der Polizeidirektion aufgelassen wurde, konnten dort mit einem Kostenaufwand von S 20.000.— elf Wohnungen (6 dreiräumige, 5 zweiräumige) geschaffen werden.

Auch bei der Adaptierung der Kraußfabrik für die Zwecke der Elektrobau-Gesellschaft wurden mit Beihilfe der Stadt 5 Wohnungen geschaffen; durch Gewährung von Darlehen an Genossenschaften und Private entstanden 16 Wohnungen. Durch Haftungsübernahme konnte ein lange schon schwebendes Bauvorhaben der Baugenossenschaft „Familie“ (16 Wohnungen) zur Ausführung gebracht werden. Rechnet man noch die bereits erwähnten Siedlungsbauten in Schörgenhub dazu (100 Wohnungen), so hat die Gemeinde im Jahre 1936 insgesamt 220 billige Volkswohnungen neu geschaffen.

Durch diese Wohnungsbauten war es möglich, das ärgste Wohnungselend zu beseitigen. Die Notwendigkeit, die bestehenden Barackenwohnungen nach und nach durch ordentliche Wohnungen zu ersetzen, läßt aber das Problem des Baues von Notwohnungen, die bei Erfüllung der Mindestansprüche an eine Wohnung mit geringstmöglichen



Kosten erbaut sind, auch weiterhin aktuell erscheinen. Von den hiefür eingebrachten Entwürfen fand besondere Beachtung der des Architekten Theer; ebenso bot der Entwurf von Reg.-Rat Balzarek Möglichkeiten, die eines Versuches wert sind. Um aber für jene Kategorie von Mietern, die nicht imstande sind, einen Mietzins zu entrichten, Wohnungen billigster Ausführung herzustellen, wird man auf ganz einfache Bauten greifen müssen, wofür ein Vorschlag des Oberstadtbaurates M. Dobelke vorliegt. Er sieht eine einfache Wohnstätte, an deren Errichtung die Ausgesteuerten selber mitmachen können, mit einem bescheidenen Garten vor, der bei richtiger Betreuung auch etwas abwirft. Dieses Programm zu verwirklichen, wird Aufgabe des kommenden Jahres sein.

Hat die Stadtgemeinde durch die Schaffung zahlreicher Wohnungen bereits namhafte Beträge der Wirtschaft zugeführt, so hat sie darüber hinaus noch vieles geleistet, was im Jahrbuche der Stadt festgehalten und eingehender betrachtet zu werden verdient.

Um vor Augen zu führen, daß die Stadt Linz als Verwaltungskörper ein ganz bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, genügt es schon, auf die Ziffern ihrer Gebärungsrechnung hinzuweisen. Die Stadt verwaltet Vermögensschaften im Werte von rund S 90.000.000.—. Davon stehen mit rund S 40.000.000.— der städtische Grundbesitz, mit rund S 29.000.000.— der Besitz an Amts- und Wohngebäuden, mit rund S 14.000.000.— die städtischen Betriebe und Anstalten zu Buche.

Der Haushaltsplan 1936 sieht Ausgaben im Betrage von rund S 20.000.000.— vor. Ist die Bedeutung eines so großen Wirtschaftskörpers schon in Zeiten, in denen die Privatinitiative imstande ist, das Wirtschaftsleben rege zu gestalten, nicht zu unterschätzen, so wächst sie um so mehr in Krisenzeiten, in denen man sich an das Eingreifen der öffentlichen Hand, mehr als es vielleicht gut ist, gewöhnt hat. Von den Aufträgen der öffentlichen Hand erwarten sich die Unternehmer Beschäftigung und ihre Arbeiter Brot und Verdienst.

Die Stadt wirkt in zweifacher Hinsicht an der Entlastung des Arbeitsmarktes mit. Erstens dadurch, daß sie, soweit es ihre verfügbaren Mittel erlauben, zusätzliche Arbeiten durchführt und damit in eigenen Diensten möglichst viele Arbeiter beschäftigt. Im abgelaufenen Jahr konnten aus der Arbeitsvormerkstelle des Magistrates solcherart 1011 Arbeiter, und zwar 584 Männer und 427 Frauen, eingestellt werden; und zwar der größte Teil von ihnen doch wenigstens für einen Zeitraum von 20 Wochen, so daß sie durch diese vorüber-

gehende Arbeitszuweisung der Sorge um das nackte Leben insoweit enthoben wurden, als sie dadurch wieder die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllten. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes bedeutet auch das Arbeitsdienstlager, das bis zu 300 jungen Leuten wenigstens die bescheidene Existenz sichert, die der österreichische Arbeitsdienst zu bieten vermag.

In weitaus größerem Maße schafft die Stadt aber Arbeit und Brot durch die Beschäftigung der Handels- und Gewerbetreibenden. Die neue Stadtverwaltung hat, an dem durch den Regierungskommissär im Jahre 1934 eingeschlagenen Wege festhaltend, die Regiebetriebe der Stadt auf das unerlässlich notwendige Ausmaß eingeschränkt und damit den Wünschen der Privatwirtschaft, insbesondere des Gewerbestandes, Rechnung getragen. Bei der Vergebung der Aufträge läßt sich die Stadt von der Erwägung leiten, daß sowohl auf die industriemäßig geführten Großbetriebe als auch auf die große Anzahl der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden Rücksicht zu nehmen ist. Ihre besondere Sorge muß jedoch den schwächeren und kleinen Betrieben gelten. Bei grundsätzlichem Festhalten am freien Wettbewerb werden die Zünfte zur Mitwirkung bei der Vergebung der Lieferungen und Aufträge eingeladen.

Von vornherein bleiben jene Anbotsteller unberücksichtigt, die ihre Unterangebote dadurch ermöglichen, daß sie sich über die sozialen Pflichten gegenüber ihren Arbeitern und Angestellten hinwegsetzen. Die meisten Aufträge für das Gewerbe können durch die städtische Amts- und Wohngebäudeverwaltung vergeben werden. Im abgelaufenen Jahre wurde außer den normalen Instandhaltungsarbeiten ein größeres Investitionsprogramm durchgeführt.

Einige Zahlen sollen zeigen, wie der Grundsatz, mit den Aufträgen möglichst viele Gewerbetreibende zu beteiligen, eingehalten wurde. So konnten bei den Arbeiten am Hausbesitz von selbständigen Gewerbetreibenden beschäftigt werden: 27 Baumeister, 8 Maurermeister, 11 Zimmermeister, 29 Schlosser, 12 Dachdecker, 17 Installateure, 55 Maler, 15 Glasermeister, 15 Hafner, 22 Spengler, 59 Tischler, 4 Elektrotechniker, zusammen 274 Gewerbetreibende, die insgesamt 1540 Aufträge empfangen und für welche rund S 180.000.— flüssig gemacht wurden. Bei den schon oben behandelten Holzstellettbauten in der Fröbelsstraße mit Baukosten von rund S 320.000.— waren beschäftigt: 3 Baumeister, 2 Zimmermeister, 3 Schlosser, 3 Dachdecker, 2 Installateure, 9 Maler, 3 Glasermeister, 2 Dfenfirmen, 9 Tischler, 2 Elektro-

techniker, 3 Spengler, 3 Anstreicher. Die Siedlung Schörgenhub, vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung betrachtet, brachte Aufträge für 7 Baumeister und 4 Zimmermeister und beschäftigte 222 Vollohnarbeiter, 151 Mann vom Österreichischen Arbeitsdienst und die Siedler selbst mit rund 50.000 Stunden.

Die Aufträge für Straßen- und Kanalbauten ergingen an 40 Firmen mit einem Gesamtaufwand von S 270.929'45.

Noch einige Ziffern über die Stadtgemeinde als Verbraucherin. Die städtischen Anstalten (Krankenhaus, Armenversorgungsanstalt, Volksküche) haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1936 von 405 verschiedenen Lieferanten Lebensmittel im Werte von rund S 660.000.— bezogen. Für Kanzleibedarf der städtischen Ämter wurden in der gleichen Zeit rund S 72.000.— verausgabt und 954 Aufträge an 130 verschiedene Firmen vergeben. Der Verbrauch an Kohle, Koks und Holz im Bereiche der Stadtverwaltung mit Ausnahme des Städtischen Gaswerkes betrug im laufenden Jahr 4924 Tonnen Wolfsegger Kohle, 1339 Tonnen Röslacher Kohle, 348 Tonnen Gaskoks und 1313 Kubikmeter Holz im Werte von S 237.208.—. Diese Zahlen deuten darauf hin, daß die heimische Kohle weitestgehend berücksichtigt wird. Durch den Wirtschaftshof wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1936 110 Firmen 570 Aufträge mit einem Fakturenwert von rund S 260.000.— überschrieben.

Als Wirtschaftskörper verdient das städtische Gaswerk Beachtung. Abgesehen vom Bezuge der Gaskohle, der in den ersten 10 Monaten des Jahres rund 10.000 Tonnen betrug, erhielten die verschiedenen Gewerbetreibenden durch das Gaswerk 748 Aufträge mit einem Rechnungswert von S 312.466.—

Diese mehr oder minder willkürlich herausgegriffenen Zahlen, die daher keineswegs erschöpfend sind, geben Zeugnis von der Bedeutung der Stadt als Auftraggeberin für Handel und Gewerbe und veranschaulichen, in welchem Maße die Mittel der Stadt wieder in die weitverzweigten Kanäle der Wirtschaft zurückfließen.

Führen wir in diesem Zusammenhange noch die Aktion an, die das Land Oberösterreich eingeleitet hat, indem es für Reparaturen von privatem Althausbesitz einen 15prozentigen Zuschuß gewährt hat. Durch den auf Linz entfallenden Betrag von S 35.330.— ist ungefähr der siebenfache Betrag an privaten Mitteln ins Rollen gekommen.

Wenn der Bericht die ernststen Bestrebungen aufzeigt, die unternommen wurden, um die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, so mahnen uns die Fürsorgelasten, daß es in unserem Gemeinwesen noch viel Not, besonders in der Winterszeit, gibt, der ein allgemeines, großangelegtes Hilfswerk entgegentreten will: die Winterhilfsaktion. Die Größe dieses Gemeinschaftswerkes läßt die Höhe des im Winter 1935/36 aufgebrauchten Betrages von Schilling 600.000.— erkennen. 13.600 Personen konnten beteiligt werden. Es spricht von dem ausgezeichneten Geist der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, daß, unbeschadet der vielen anderweitigen Sammlungen, die Spendenaufbringung der Winterhilfsaktion 1935/36 gegenüber dem Vorjahr um S 102.000.—, also um 22 Prozent, gesteigert werden konnte.

Daß die Winterhilfe wirklich nur den Ärmsten zuteil wird, geht aus den geltenden Richtlinien hervor, wonach alleinstehende Personen bis zu einem monatlichen Einkommen von S 30.—, zweiköpfige Familien von monatlich S 40.—, dreiköpfige von S 50.— usw., achtköpfige Familien bis zu einem Monatseinkommen von S 100.— als „bedürftig“ angenommen werden und daß Personen, deren Einkommen das angeführte bis zu S 20.— übersteigt, als „minderbedürftig“ gelten. Ein Normalpaket, mit dem alleinstehende „Bedürftige“ alle 14 Tage, zwei- bis dreiköpfige Familien wöchentlich beteiligt werden, enthält 1 Kilogramm Mehl,  $\frac{1}{2}$  Kilogramm Zucker,  $\frac{1}{2}$  Kilogramm Reis und  $\frac{1}{4}$  Kilogramm Speisefett; Großpakete, die für mehrköpfige Familien gewährt werden, enthalten um  $\frac{1}{4}$  Kilogramm Fett und  $\frac{1}{2}$  Kilogramm Teigwaren mehr. Mit diesem Hilfswerk und durch andere regelmäßig wiederkehrende Aktionen (vor allem die Ausspeise- und Milchaktion) wie auch durch die einmaligen Aktionen (Bekleidungs- und Beheizungsaktion) kann manche Not gelindert werden.

Die Winterhilfsaktion ist eine freiwillige Hilfe, die über die normalen Fürsorgeleistungen der Stadtgemeinde hinausgeht und zusätzlichen Charakter hat. Wie vielfältig die Fürsorgeleistungen des Städtischen Jugend- und Fürsorgeamtes auch sonst sind, soll hier noch kurz betrachtet werden.

Die Personen, welche die Tätigkeit dieses Amtes in Anspruch nehmen, sind Jugendliche und Erwachsene. Die Tätigkeit der öffentlichen Fürsorge beginnt beim Säugling in den Mutterberatungsstellen, in welchen ein erfahrener Arzt unter Assistenz einer geschulten Fürsorgeschwester Ratschläge und Anweisungen in pflegerischer und gesundheitlicher Beziehung erteilt. 1174 Kinder bis zum zweiten

Lebensjahr wurden hier im abgelaufenen Jahr in 7821 Besuchen betreut. An die Mutterberatung schließt sich die Kinderberatung an, die Kindern vom zweiten bis vierzehnten Lebensjahr in gesundheitlicher und erziehlicher Hinsicht eine Überwachung angeheißen läßt. Im abgelaufenen Jahr waren 3518 Kinder erfaßt.

Für die heranwachsende Jugend muß auch in wirtschaftlicher Hinsicht Sorge getragen werden. Wenn die Eltern kein Einkommen und keine ausreichenden Unterstützungen haben und auch keine Verwandten da sind, die helfen müßten, dann hat die Heimatgemeinde für die Bereitstellung des notwendigen Lebensunterhaltes Sorge zu tragen. Durch Gewährung von Erziehungsbeiträgen, Momentanbeihilfen, Sachleistungen und Tragung von Verpflegskosten wird dem bedürftigen Familienvater an die Hand gegangen. Für die in offener Fürsorge stehenden Minderjährigen wurden an Erziehungs- und Pflegebeiträgen im abgelaufenen Jahr S 118.200.—, für die in den verschiedenen Anstalten untergebrachten Minderjährigen S 46.320.—, somit insgesamt S 164.520.— ausgegeben. Sehr ausgedehnt ist auch das Gebiet der Erziehungsfürsorge für Jugendliche. Für mehr als 2600 Minderjährige führt das Amt die Vormundschaft und sorgt somit neben der Verfechtung aller materiellen Interessen für deren ordentliche körperliche und geistige Erziehung.

Pflege und Beaufsichtigung der Kleinkinder obliegen den Städtischen Kindergärten, in denen staatlich geprüfte Kindergärtnerinnen die ihnen anvertrauten Kinder hegen, sie zu frohen Spielen führen und zu kleinen Arbeiten anhalten. Linz besitzt drei städtische und eine größere Anzahl privater Kindergärten; die Errichtung eines vierten Städtischen Kindergartens in der Stadtrand siedlung Schörgenhub ist vorgesehen und hiefür sind bereits rund 300 Kinder vorgemerkt. In den Monaten Dezember bis Ende März sind es die Suppenanstalten, die körperlich schwachen Schulkindern armer Eltern viermal wöchentlich eine warme Speise (meistens eingekochte Suppe, Gemüse oder Kakao mit Brot) unentgeltlich verabreichen. 74.934 Portionen wurden im abgelaufenen Jahr an 1360 Kinder verabreicht.

Im Schloß Windhaag bei Perg besitzt die Stadtgemeinde ein Ferienheim, in dem Kinder armer Eltern unentgeltlichen Sommeraufenthalt genießen. Im Erholungsheim Kirchschlag und in sonstigen Heimen werden erholungsbedürftige Kinder während des ganzen Jahres, beziehungsweise während der Ferienmonate untergebracht. In den Sommermonaten des abgelaufenen Jahres wurde insgesamt 546



Kindern ein einmonatiger Aufenthalt ermöglicht, der für fast alle Kinder namhafte Gewichtszunahmen brachte.

Eine erfreuliche Ergänzung der öffentlichen Fürsorge bildet die von der Katholischen Aktion ins Leben gerufene *Werk-schule* für Jugendliche. Sie will den Schulentwachsenen, die noch keine Lehrstelle haben oder nach der Lehrzeit arbeitslos geworden sind, sowie nach Maßgabe der Plätze allen Arbeitslosen bis 30 Jahren eine Bereicherung ihres Schulwissens ermöglichen; vor allem sollen Werkstätten-Fachkurse die Berufsausbildung vermitteln und vervollkommen. Die Teilnahme an der Werk-schule ist vollkommen kostenlos. Nach dem Vormittagsunterricht erhalten die Teilnehmer außerdem kostenlos ein einfaches Mittagessen. Diese Arbeitslosen-Werk-schule wurde Anfang November eröffnet und weist eine Teilnehmerzahl von 352 auf. Dies allein schon zeigt das dringende Bedürfnis nach dieser Einrichtung, die mit Recht auch die Förderung von öffentlicher Seite genießt. Für die weibliche schulentlassene Jugend hat das Frauenreferat der Vaterländischen Front *Fortbildungskurse* ins Leben gerufen, die gleich der Werk-schule durch die selbstlose Mithilfe von Lehrkräften und eine entsprechende Subventionierung durch die Stadtgemeinde ermöglicht wurden. Über 200 Mädchen konnten zu den Kursen, die sich auf Hauswirtschaft, Fürsorge und Gebiete des allgemeinen Wissens erstrecken, aufgenommen werden.

Eine wertvolle Einrichtung für die nicht im Erwerbsleben stehende Jugend ist der *Arbeitsdienst*, der den jungen Menschen Arbeit, Heim und die Kameradschaft gibt, die zur Erziehungsgemeinschaft wird. Die Linzer Werk-soldaten haben brave Arbeit geleistet. Ihr Lager an der Welser Reichsstraße wurde durch den Besuch des Bischofs und des Landeshauptmannes ausgezeichnet. Der Bürgermeister führte über 20 Burschen zur Firmung. Die Stadt nimmt sich auch dann der Arbeitswilligen an, wenn sie nach Absolvierung ihrer gesetzlich vorgesehenen Dienstzeit aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst ausscheiden müssen. Wer kein Heim, keine Arbeitsstätte hat, kann im Arbeitsdienst verbleiben, wofür die Gemeinde die vollen Kosten trägt. Im Sommer 1936 erreichte das Linzer Arbeitslager, das heuer noch weiter ausgebaut wurde, einen Höchststand von 300 Mann. Im Sinne des Bundesgesetzes über den Arbeitsdienst dürfen nur zusätzliche Arbeiten, d. h. Arbeiten, welche bei Heranziehung vollentlohnter Arbeitskräfte nicht in Angriff genommen werden könnten, vom Arbeitsdienst ausgeführt werden. An solcher Arbeit fehlte es im Berichtsjahre nicht; bis



Ende Oktober hat der Arbeitsdienst schon mehr als 60.000 Arbeitsschichten auf den verschiedenen Baustellen gemacht.

Dem Bürgermeister ist auch die Errichtung eines weiblichen Arbeitsdienstlagers in Wagram bei Pasching zu verdanken. Zu diesem Zweck wurden in einem der Stadtgemeinde gehörigen Bauernhöfe mehrere Räume adaptiert, in denen vorläufig 30 Arbeitsdienstwillige Aufnahme fanden. Aufgabe dieses Arbeitsdienstes ist es, die jungen Mädchen in der Haus- und Landwirtschaft zu schulen.

Die Befürsorgung von Erwachsenen erfordert infolge der vielen Aussteuerungen erhöhte Mittel. Erhaltungsbeiträge, Momentanbeihilfen, verschiedene Sachleistungen sind die Hilfe, welche die Stadt bietet. Über die durch das Armengesetz gezogenen Richtlinien hinaus hat die Stadtgemeinde im abgelaufenen Jahr weiters S 70.000.— für Mietzinsbeihilfen verausgabt. Auch die Stadtrand siedlung der Gemeinde darf als eine produktive Fürsorge in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Die Stadt gibt dem Siedler nicht nur das Siedlungshaus, sondern sie sorgt auch für ihn so weit als möglich durch Beschaffung von Arbeit und Verdienst. Überhaupt ist die Fürsorgearbeit eine Form der Unterstützung bedürftiger Erwachsener, besonders von Familienerhaltern, die immer breiteren Raum einnimmt. Dieser schaffenden Fürsorge wird in Zukunft noch mehr Augenmerk zugewendet werden, da dadurch ein Teil der bereitgestellten Mittel produktiv verwertet und manche unausgenützte Kraft wieder zur Arbeit zurückgeführt werden kann.

Stehen im Leben einer Gemeinde auch die wirtschaftlichen An gelegenheiten und die Gemeinschaftsaufgabe der Fürsorge im Vordergrund, so finden doch auch die politischen Geschehnisse und Entwicklungen hier ihren Niederschlag und im kulturellen Leben erhält die Stadt ihr geistiges Antlitz. Zwei Ereignisse von hoher politischer Bedeutung fallen in dieses Jahr: Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli.

Die Einführung der Bundesdienstpflicht fand in Linz freudiges Echo. Die Stadt war festlich beslaggt. In einer mächtigen Kundgebung am Franz-Josef-Platz wurde das Ereignis gefeiert. Zur Vorbereitung der Bundesdienstpflicht wurde die mit Bundesgesetz vom 30. Oktober 1935 angeordnete Einwohnerverzeichnung im Gebiete der Landeshauptstadt Linz in der Zeit vom 16. Jänner bis 30. April vorgenommen. Die Einwohneraufnahmen fanden bei 4 Ämtsstellen und

einer sogenannten „fliegenden Kommission“ statt. Es wurden insgesamt 109.417 Personen in das Verzeichnis aufgenommen, 40.734 erhielten Erkennungsarten.

Diesen Vorbereitungen folgten bald die ersten Musterungen, die im Gebiete der Landeshauptstadt Linz in der Zeit vom 8. bis 13. Juli zum ersten Male wieder seit 18 Jahren stattfanden. 512 Dienstpflichtige des Jahrganges 1915 unterzogen sich der Musterung. Von diesen wurden 360 als tauglich mit der Waffe und 129 als tauglich ohne Waffe befunden. Bei Beginn der Musterungen war der Bürgermeister der Stadt zugegen, der die ersten 6 Tauglichen durch Überreichung von Sträußchen auszeichnete. Die Stellung ergab mit 87 Prozent Tauglichen ein günstiges Gesundheitsbild.

Am 1. Oktober rückten die neuen Rekruten ein. Da die gegenwärtig in Verwendung stehenden Kasernen nicht ausreichten, wurde die alte Landwehrkaserne, die für Wohnungen ausgenützt war, wieder ihrem ursprünglichen Zweck als Kaserne zugeführt. Ebenso überließ die Stadt die ehemalige Traintkaserne, in welcher der Städtische Wirtschaftshof untergebracht war, für Zwecke des Bundesheeres. Die Vereidigung der ersten Dienstpflichtigen wurde in feierlicher Weise am Franz-Josef-Platz abgehalten, wo nach Feldmesse und Verlesung des Heeresbefehles des Bundespräsidenten 1032 Jungmänner ihr Gelöbnis sprachen.

Daß die Bevölkerung von Linz der Wiederaufrüstung unseres Heeres Interesse entgegenbringt, dafür ist das Ergebnis der Flugstaffel-Sammlung, zu der Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner aufgerufen hatte, ein Beweis. Die mit großer Umsicht und Gründlichkeit organisierte Sammlung ergab in der knappen Zeit von September bis Ende des Jahres in Linz den namhaften Betrag von S 122.000.—.

Von hervorragender politischer Bedeutung war weiters das Abkommen vom 11. Juli 1936, das mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs von seiten Deutschlands die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gebracht und damit Spannungen beseitigt hat, die nunmehr einem freundschaftlichen Verhältnis Platz gemacht haben. Die Wiederaufnahme solcher freundschaftlicher Beziehungen fand sinnvollen Ausdruck durch die gegenseitigen Besuche der Donaufstädte Linz und Passau. Bereits eine Woche nach Öffnung der deutschen Grenze traf die erste große Reisegesellschaft aus Passau, der sich auch der Oberbürgermeister der Stadt angeschlossen hatte, mit dem Schiff in Linz ein. Der Bürgermeister der Stadt Linz

hatte sich mit den Mitgliedern des Gemeindetages zum Empfang eingefunden; eine große Menschenmenge umsäumte den Landungsplatz und gab der Begrüßung durch das Oberhaupt der Stadt einen wirkungsvollen Rahmen. Der Bürgermeister von Linz und die Mitglieder des Gemeindetages sowie Vertreter der Behörden erwiderten den Besuch in der alten Bischofsstadt Passau gelegentlich der Eröffnung der Autobus-Schnellverbindung Linz—Passau, die von der Oberösterreichischen Kraftwagen-Verkehrs-A. G. eingerichtet wurde. Die Begrüßung der Linzer in Passau war ebenso herzlich.

Im Leben der Stadt spiegelte sich auch der Fortgang des inneren Aufbaues Österreichs. Er tritt vor allem in Erscheinung durch den weiteren Ausbau der Vaterländischen Front, die nunmehr unbestritten die alleinige Trägerin des politischen Willens ist. Die Schaffung der Frontmiliz, der die Auflösung der früheren Wehrverbände folgte, das Frontwerk „Neues Leben“ und zuletzt das Gesetz über das „B. F.-Werk — Österreichisches Jungvolk“ haben den Grund für die weitere Entwicklung gelegt. Auch der berufsständische Aufbau machte in diesem Jahre wesentliche Fortschritte. Die Wahlen in die Bauernkammern, die rege Beteiligung der Arbeiter an der Bildung der Werksgemeinschaften — in Oberösterreich betrug die Wahlbeteiligung 95 Prozent — beweisen überdies das rege Interesse, das alle Kreise der Bevölkerung an der berufsständischen Neuordnung nehmen.

Ein Zeugnis dafür, daß mit Ernst die vaterländische Erziehung durchgreift, war die großangelegte, durch zwei Monate geöffnete Ausstellung „Vaterländischer Unterricht“ in Linz. In diesem Zusammenhang sei kurz erwähnt, daß in diesem Jahre in Linz der vormilitärische Unterricht für Knaben weitere Ausdehnung erfuhr. Auch der Ausbildung im Luftschutz wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Am Pöstlingberg, am Platz hinter der Kirche, wurde von der Jugend ein Dollfuß-Denkmal errichtet, das sie „ihrem hehren Vorbild Bundeskanzler Dr. Dollfuß“ widmete. Die Dienststellenorganisationen „Finanzverwaltung“ und „Tabakregie“ der B. F. brachten im Stiegenaufgang des Finanzdirektionsgebäudes eine Dollfuß-Büste zur Ausstellung. Dem Andenken der gefallenen Pioniere des Weltkrieges wurde ein Denkmal am Donaukai errichtet, das anläßlich des Regimentstages der Pioniere mit großer Feierlichkeit enthüllt wurde.

In den Bereich des öffentlichen Lebens gehört auch die innere Organisation der städtischen Verwaltung, der in diesem Jahre besondere Beachtung zugewendet wurde. Durch Zusammenlegung sach-

lich zusammengehöriger Amtsabteilungen und durch eine entsprechende Reorganisation der Geschäftsordnung sollte weitestgehende Vereinfachung im Amtsverkehr und zugleich höchstmögliche Leistungsfähigkeit erreicht werden. Ferner wurde in Übereinstimmung mit dem Stadtrecht die Haushaltsordnung geschaffen. Sie knüpft an die Vorschläge an, die vom Österreichischen Städtebund im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof ausgearbeitet wurden. Auch der schon lange ersehnte Stellenplan der gesamten Beamtenschaft des Magistrates wurde in diesem Jahre verwirklicht.

Die seit Jahrzehnten schwebende Angelegenheit, die Karmelitenkirche als Pfarrkirche aufzulassen und deren Pfarrechte auf die Kirche zur Heiligen Familie zu übertragen, gelangte auch formell zum Abschluß. Der Gemeindegtag hat in seiner Sitzung am 27. Oktober den Beschluß gefaßt, dieser Übertragung der Pfarrechte der Pfarre St. Josef auf die Pfarre zur Heiligen Familie zuzustimmen. Anlässlich des 650jährigen Jubiläums der Stadtpfarrkirche widmete die Stadtgemeinde für die neu errichtete Severinskirche in der Raagenau den Hochaltar.

Mußte der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt das Hauptaugenmerk zugewendet werden, so wurde dennoch nicht versäumt, das kulturelle Leben zu pflegen. Braucht es doch, wie der Bundespräsident bei der Eröffnung des ersten Bruckner-Festes in unserer Stadt ausgeführt hat, zum steilen Weg des Aufstieges auch viel seelische Kraft, die durch die Werke edler Kunst in vorzüglicher Weise gestärkt wird. So kann insbesondere Bruckner in seiner ird- und gottverbundenen Musik, die schon im gewaltigen Ringen den Sieg durchblicken läßt, wie kein anderer Mut und Vertrauen geben.

Durch das Bruckner-Fest, das durch seine Ansetzung im Juli einen Auftakt zu den Salzburger Festspielen bildet, ist es gelungen, die Werke des großen Meisters an den Stätten seines Wirkens aufzuführen und dadurch Oberösterreich als das Bruckner-Land weithin bekannt zu machen. Die Tage des Festes brachten eine ansehnliche Zahl von Fremden in unsere Stadt (2500 Nächtigungen, von denen 1000 auf Ausländer entfielen).

Aus der Erwägung heraus, daß das Landes-Theater vor allem der städtischen Bevölkerung zugute kommt und in Anerkennung seiner kulturellen Bedeutung und guten Leistungen hat sich die Stadtgemeinde zu einer namhaften Erhöhung ihrer Subvention verstanden.

Was das in Aussicht genommene *Volksmuseum* der Stadt betrifft, so wird mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln und emsig betriebener Sammeltätigkeit nach und nach das nötige Material hiefür aufgebracht. Eine große Anzahl heimatkundlich bedeutamer Gegenstände, wie Bauernmöbel, Trachten, Keramiken, Bilder u. a. m. sind in diesem Jahre dazugekommen.

Der Ausschuß für die Pflege der Linzer Stadtgeschichte hat auch in diesem Jahr einige wertvolle Vorträge veranstaltet: Alt-Linz in der Biedermeierzeit (Prof. Dr. J. Anglüßer), Linz als alter Handelsplatz (Obermagistratsrat Dr. A. Zöhrer), Probleme der Linzer Stadtplanung (Stadtbaudirektor Ing. R. Kühne).

Mit der Verleihung des *Ehrenbürgerrechtes* an die große deutsche Dichterin Enrica von Handel-Mazzetti wurde eine Tat der Anerkennung und Dankbarkeit gesetzt. Ihre hohe Kunst und deren Beziehungen zu Linz werden an anderer Stelle des Jahrbuches gewürdigt. Hier seien nur die großen karitativen Leistungen der Dichterin besonders hervorgehoben, ihr Dienst an den Verwundeten in den Kriegsspitälern und ihre großen Ferienaktionen in den harten Jahren der Nachkriegszeit. Durch die große Anerkennung, die unsere Dichterin im Ausland gefunden hat, war es ihr möglich, im Zusammenwirken mit dem vor kurzem verstorbenen Schweizer Dichter P. Maurus Carnot vielen Hunderten von Linzer Kindern einen Schweizer Aufenthalt zu verschaffen.

Hervorhebung verdient eine *Zusammenkunft* von Wiener und Prager Hochschullehrern, an der sich auch hervorragende Gelehrte aus dem Deutschen Reich beteiligten. An die wissenschaftliche Behandlung siedlungsgeschichtlicher Fragen schloß sich eine zweitägige Studienfahrt durch das untere Mühlviertel.

---

### Das neue Linzer Stadtwappen.

Da das neue Stadtrecht von Linz auch das Wappen der Stadt festlegte und es von den willkürlichen Zutaten der letzten Jahrzehnte säuberte, ergab sich die Notwendigkeit, das im Stadtrecht beschriebene Wappen auch bildlich darzustellen und dieses Bild, als der Wappenbeschreibung des Stadtrechtes entsprechend, für amtlich zu erklären. Den letzten Anlaß gab die Entschließung des Bürgermeisters Dr. Wil-



helm Bock, zur feierlichen Beflaggung des Rathauses und der übrigen städtischen Amts- und Schulgebäude Flaggen mit dem Stadtwappen herstellen zu lassen. Das Wappen ist immer nur ein Zeichen und verlangt nicht eine realistische Ausführung. Auch hat jede Zeit dem Wappen ihr Gepräge und ihren Ausdruck gegeben, hat es nach ihrem Stilgefühl gestaltet. Das war die Aufgabe, die auch diesmal zu vollbringen war und der auch unsere Zeit nicht ausweichen konnte.

Da diese Aufgabe von einer berufsmäßigen Werkstätte nicht befriedigend gelöst wurde, wandte sich der Bürgermeister an die Künstlerschaft und stellte dieser die Aufgabe der zeitentsprechenden Gestaltung des Wappens. Es wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben und den Künstlern aufgetragen, einen Wappenentwurf zu schaffen, der auf der durch das Stadtrecht gesetzlich festgelegten Form fußt, aber auch heraldisch richtig ist. Dabei war ins Auge gefaßt, daß der Künstler auch den geschichtlichen Werdegang des Wappens kennt und somit aus einer Erfassung des historischen Wesens des Wappens an seine Aufgabe herangeht. Darum wurde jedem Künstler, der sich am Ideenwettbewerb beteiligte, die grundlegende Arbeit Dr. Alfred Hoffmanns „Siegel und Wappen der Stadt Linz“, erschienen im „Jahrbuche der Stadt Linz 1935“, zum Studium empfohlen und das Jahrbuch zur Verfügung gestellt. Die Ausschreibung enthielt folgende Bestimmungen:

„Die Entwürfe sollen in bunter Darstellung eine Flächengröße von mindestens 30/40 Zentimeter ausfüllen, damit alle Einzelheiten deutlich sichtbar gemacht werden können und eine entsprechende Verkleinerung mit größtmöglicher Schärfe erzielt wird. Besonders wird bemerkt, daß es sich nicht etwa um ein in der Idee vollkommen neues Stadtwappen handelt, sondern es ist die Aufgabe gestellt, das in der neuen Fassung der Stadt Linz festgelegte Wappen so zu bilden, daß es in unsere Zeit hineinpaßt. Jedoch wird eine heraldische Richtigkeit des Wappens gefordert.“ Die Einreichung der Wappenentwürfe wurde bis Samstag, den 29. Februar 1936, befristet. Bis dorthin wurden von 20 Bewerbern 39 Entwürfe eingereicht. Bereits für den 3. März berief der Bürgermeister das Preisgericht zur Überprüfung der Entwürfe ein. Es bestand aus den Herren Chefredakteur Josef Danzer, Landeskonferator Dr. Erwin Hainisch, Landesarchivar Dr. Alfred Hoffmann, Hofrat Dr. Eduard Straßmayr, Rat der Stadt Linz, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Wirth, Obermagistratsrat Dr. August Zöhrer und zwei Vertretern der Künstlerschaft, und zwar dem Obmann des Oberösterreichi-





**Bahnübersetz Wiener Reichsstraße**

Max Himsel



**Bahnhofumbau**

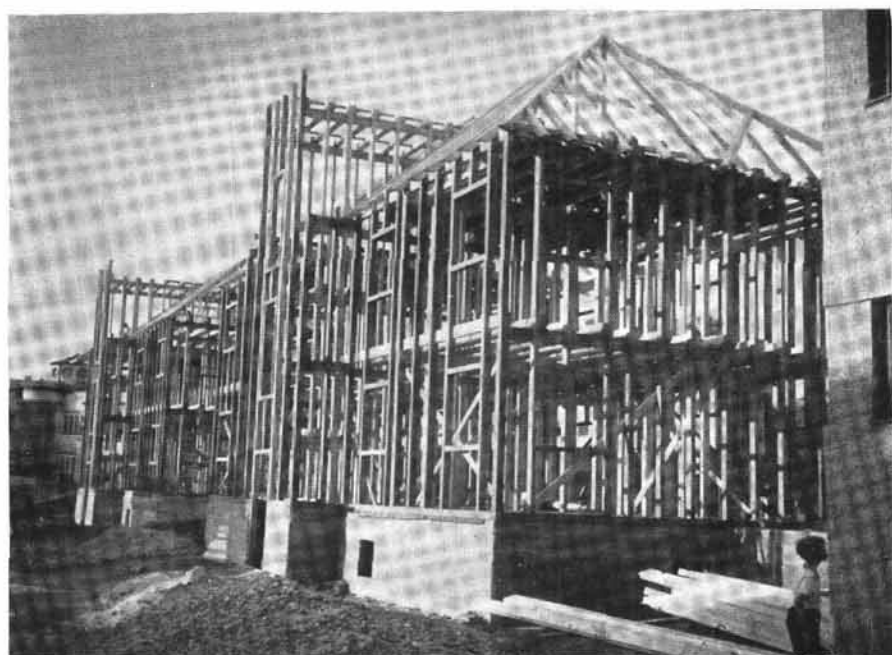
Wiener Reichsstraße, Unterführungs-Arbeiten

Max Himsel



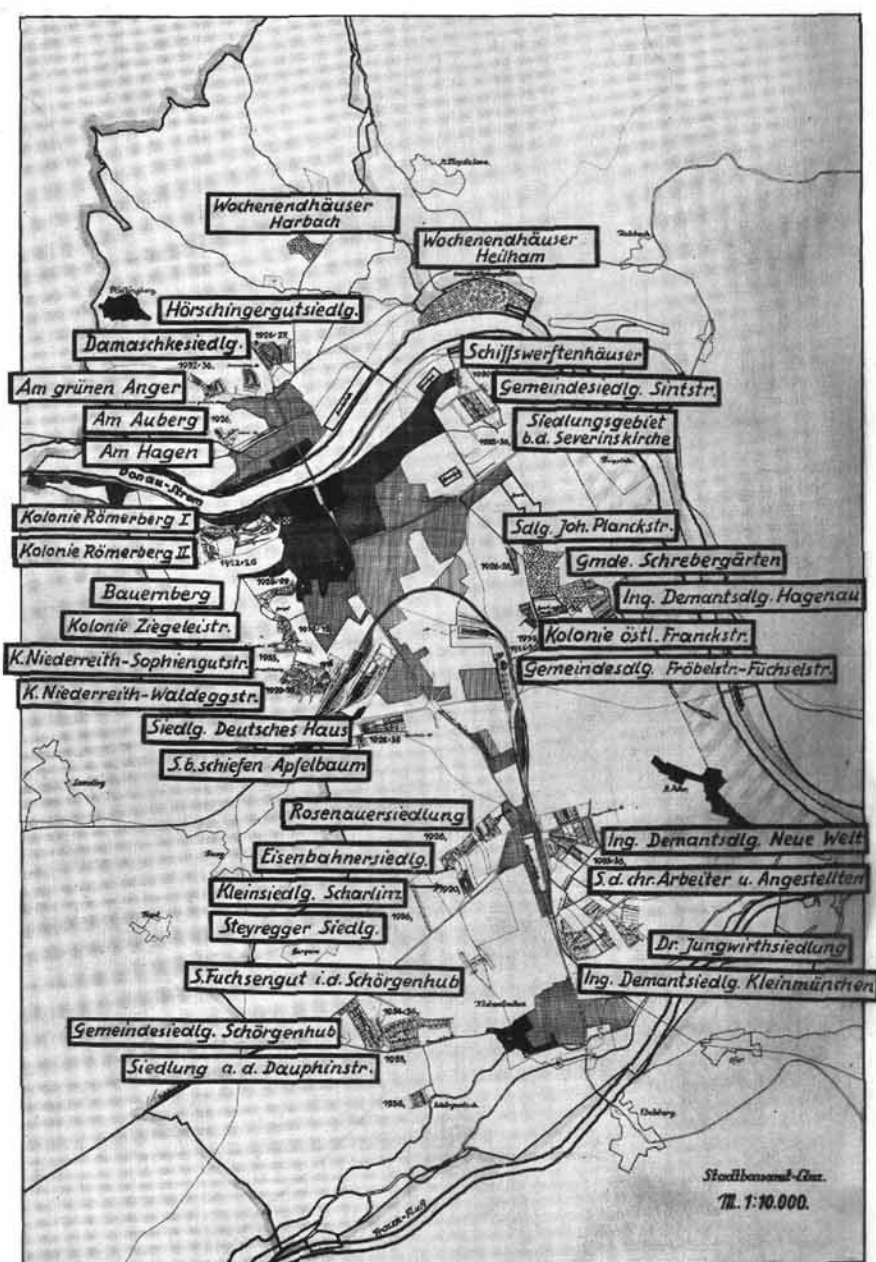
**Siedlung Schörgenhub**

Robert Stenzel



**Holzskelettbauten, Fröbelstraße**

Robert Stenzel



Lageplan der Siedlungen

Stadtbauplan Linz

ischen Kunstvereines Anton Luz und Architekten Karl Bornehm für den Künstlerbund „März“. Den Vorsitz führte der Bürgermeister.

Die Entwürfe waren derart an Gestellen angebracht und geordnet, daß sie bequem besichtigt, miteinander verglichen und geprüft werden konnten. Nach einer allgemeinen Durchsicht wurden zuerst die heraldisch unrichtigen, hierauf die künstlerisch nicht befriedigenden Entwürfe ausgeschieden. Etwa zehn Entwürfe kamen in die engere und zwei davon, als die besten Arbeiten, in die engste Wahl. Der eine Entwurf „Neu-Linz“ war der künstlerisch bestgelungene. Er gab ein einprägsames und geschlossenes Bild des Wappens. Der andere Entwurf „Wirkung“ hingegen überzeugte als ruhige, wohl abgemessene, geschichtlich begründete und heraldisch vollkommen richtige Lösung. Auch versprach er für die praktische Verwendung brauchbarer und der der Allgemeinheit näher liegende Entwurf zu sein.

Aus diesen Erwägungen heraus entschied das Preisgericht, daß der erste Preis im Betrage von S 200.— keinem der beiden Entwürfe zuerkannt werden solle, weil keiner den Vorzug vor dem anderen verdiene, und daß daher der Preis geteilt werde und beide Entwürfe mit je 100 S ausgezeichnet werden sollen. Vorgesehen waren auch Ankäufe von Entwürfen und hiefür je 50 S ausgesetzt. Es wurden die Entwürfe „St. Roman Nr. 1“ von Oberrechnungsrat Mag. Kislinger, „Freude am Schaffen“ von Toni Hofer, Faktor der Buchdruckerei Wimmer, „AEIOU“ vom akad. Maler Wilhelm Träger, Wels, „Neubau“ von Buchhändler Oskar Sachsperger sowie der Stempelentwurf „Neu-Linz“ des Architekten Ing. Paul Theer zu Ankäufen ausgewählt.

Sämtliche Entwürfe wurden durch acht Tage hindurch im Gemeinderatssitzungsalle zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt. Die Ausstellung fand reges Interesse und zahlreichen Besuch.

Die Entscheidung darüber, welcher von den beiden preisgekrönten Entwürfen schließlich zur Annahme als amtliches Wappenbild der Stadt Linz und zur praktischen Ausführung gelangen solle, fällt der Stadtrat. Er entschied, daß der Entwurf „Wirkung“ von Oberrechnungsrat Franz Lehrer als offizielles Wappenbild angenommen werden solle. Der Entwurf „Neu-Linz“ stammt vom Architekten Ingenieur Paul Theer. Am 1. Mai 1936 wurden zum ersten Male die neuen Wappenfahnen auf den städtischen Gebäuden geflaggt.

Dr. August Böhrer.